Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubels, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 9 — **Mittwoch, den 12. Januar 1921** — **49. Jahrgang**

Landes-Versammlung.

(Sitzung vom 11. Januar.)

Das Haus ist gut besucht. Die Tribünen sind überfüllt. Die Besucher, unter denen sich sehr viele Krankenschwestern befinden, setzen sich zum überwiegenden Teil aus Hebammen zusammen.

Die 2. Lesung des Landwirtschaftshaushaltes wird fortgesetzt. Es liegt hierzu u. a. ein Antrag der Demokraten vor, die Beteiligung des Staates bei den gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften um den doppelten Betrag, wenigstens 50 Millionen Mark, zu erhöhen. — Minister Braun: Es besteht keine Notwendigkeit, das Landesökonomiekollegium beizubehalten. Gegen das Kesseltreiben gegen das preußische Landwirtschaftsministerium, als ob dieses die Siedlungsfrage verzögere, erhebe ich entschieden Widerspruch. Das Reichsarbeitsministerium scheut sich nicht, in dieses Treiben mit einzustimmen. Die einzige Sorge eines gesunden Siedlungstätigkeit muß die Schaffung wirklich wirtschaftlicher Betriebe sein. — Abg. Klausner (U.) polemisiert gegen die Rechte, welche Schuld habe an der Kinderernährungsfrage. Die Rechte wünsche die Einführung ausländischer Arbeiter, weil diese anspruchsloser seien wie die Deutschen. — Nachdem der Abg. Siemens den demokratischen Antrag befürwortet hatte, erklärt Landwirtschaftsminister Braun, daß fremdländische Arbeiter nur dann hinzugezogen werden dürften, wenn deutsche Arbeiter nicht den Bedürfnissen entsprechend zu erlangen seien.

Damit schließt die Debatte. Unter Annahme der zum Etat gestellten Anträge wird der Landwirtschaftshaushalt angenommen, die 50 Millionen für die Siedlungen bewilligt, desgleichen der Entwurf über die Bereitstellung der Mittel zur Urbarmachung von staatlichen Mooren.

Ueber den Entwurf betr. die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Selbstbewirtschaftung von Domänen wird sodann namentlich abgestimmt. § 1 gelangt mit 171 gegen 128 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen in der Fassung zur Annahme, daß statt der Forderungen der Regierungsvorlage von 30 000 Hektar mit 180 Millionen Mark nur 16 000 Hektar mit 60 Millionen Mark zur Selbstbewirtschaftung gelangen sollen. Ausgenommen sind Domänen, die sich zu Neu- oder Anliegersiedlungen eignen und ferner solche Domänen, für die bei der Neuausbietung ein angemessener Pachtzins bezahlt wird. § 2 wird unverändert angenommen. Bei der namentlichen Abstimmung über § 3, wonach die Ausführung des Gesetzes durch die zuständigen Minister erfolgt, ergibt sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses. Die Sitzung wird geschlossen und eine neue auf 10 Minuten später anberaumt.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Hebammengesetzes.

Nach längerer Debatte wird der Antrag der Welfen und des Zentrums auf Rückverweisung des Gesetzentwurfes an den Bevölkerungsausschuß abgelehnt. Als Dr. Wehr (U.) diesen Antrag als ein ruchloses Attentat auf die ganze Gesundheitspflege bezeichnet, erhob sich lebhafter Beifall auf den dichtbesetzten Tribünen. — Vizepräsident Dr. Frentzel verbittet sich alle Kundgebungen von der Tribüne, da er sie sonst sofort räumen lassen müßte. — Abg. Dallmer (D.-N.) hatte den Entwurf, wie er aus der Kommission gekommen ist, als Verfassungsbruch bezeichnet, während der Kommunist Adolf Hoffmann meinte, es wäre ein Verbrechen, das Gesetz unter den Tisch fallen zu lassen. Die Deckungsfrage mache keine Sorgen, dazu könnte man die Abfindungen für den Hohenzollernschen Deserteur und die Aufbesserungen für die Geistlichen verwenden. — In der Debatte begründet Frau Ege (Soz.) die Notwendigkeit, für die Hebammen eine gesicherte Existenz zu schaffen. Von einer Sozialisierung des Hebammenwesens könne keine Rede sein. Die christlichen Frauenvereine beweisen wenig christliche Nächstenliebe, wenn sie an uns appellieren, das Gesetz nicht zu verabschieden. Sache der deutschen Mütter ist es, dafür zu sorgen, daß die bürgerlichen Parteien nicht wieder zur Regierung kommen, dann werden wir für die völlige Unentgeltlichkeit der Wochenpflege sorgen können. Die Hebammen sind so zu stellen, daß sie auf Nebenerwerb verzichten können. Auch für eine Altersversorgung der Hebammen muß gesorgt werden.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch vertagt.

Der Rhein als Grenze des deutschen zivilen Luftverkehrs.

Der deutschen Regierung ist ein Beschluß der Botschafterkonferenz vom 5. Dezember 1920 mitgeteilt worden über die Bestimmungen über den deutschen Flugverkehr im Rheinland und in der neutralen Zone: 1. Solange Deutschland noch nicht als Mitglied der Konvention vom 13. Oktober 1919 betr. Regelung der Luftfahrt aufgenommen oder zum Völkerbund zugelassen wird, ist für deutsche Zivilflugzeuge das Ueberfliegen der Rheinlande untersagt. 2. Sobald Deutschland der Konvention vom 13. Oktober 1919 oder dem Völkerbund beigetreten ist, dürfen die zivilen deutschen Flugzeuge die Rheinlande überfliegen und die Häfen benutzen, die auf den militärischen Flugplätzen der Alliierten in den Rheinlanden für die Bedürfnisse des zivilen Luftverkehrs der verbündeten Mächte reserviert werden, im Einklang mit den Bestimmungen vom 24. Juli 1920 und unter solchen Bedingungen, wie sie für die zivilen Flugzeuge der Alliierten maßgebend sind. 3. Sobald die alliierten und assoziierten Mächte die Besetzung der Rheinlande aufgehoben haben, können die zivilen deutschen Flugzeuge die Rheinlande überfliegen und die Landungsplätze benutzen. Aber auch in diesem Falle können in den Rheinlanden keine festen Einrichtungen unterhalten werden, die mit den Bestimmungen des Artikels 43 des Friedensvertrages unvereinbar sind.

Das Ueberfliegen der neutralen Zone wird den deutschen Zivilflugzeugen gestattet. Nach Artikel 43 des Friedensvertrages dürfen nirgends feste Einrichtungen in der neutralen Zone geschaffen werden.

Die Auslieferung der Rheinflotte.

Nach dem Schiedsspruch des amerikanischen Schiedsrichter Hines sind an Frankreich abzutreten:

1. ein Kahnraum von 250 150 Tonnen, eine Schleppkraft von 23 721 Pferdekräften,
2. die Einrichtung der badischen Aktiengesellschaften für Rheinschiffahrt und Seeschiffahrt im Hafen von Rotterdam nach dem Stande vom 11. August 1914,
3. 76 Prozent der Aktien der Rheinschiffahrtsgesellschaft Fendel in Mannheim.

Die nach Punkt 1 abzutretende Schleppkraft wird auf die Gesamtsumme in Anrechnung gebracht. Der Schiedsspruch geht davon aus, daß für die Wiedergutmachung höchstens 14,34 Prozent des Kahnraumes und 2,2 Prozent der Schleppkraft abzugeben seien. Zur Berechnung der Lieferung aus Artikel 357 hat er 85,66 Prozent des Kahnraumes und 2,2 Prozent der Schleppkraft zugrunde gelegt, das sind 1 888 651 Tonnen und 170 000 PS. Die Ablieferung soll bis zum 10. Mai stattfinden. An sich ist der abzutretende Kahnraum von großer Bedeutung. Der Wert dürfte sich etwa auf eine halbe Million Goldmark belaufen. Frankreich hatte 828 000 Tonnen Schiffsraum und 65 000 PS. Schleppkraft gefordert. Deutschland wollte 110 000 Tonnen und 7300 PS. zubilligen.

Ausscheiden Amerikas aus dem Obersten Rat.

(TU) Der amerikanische Botschafter in Paris Wallace wurde beauftragt, dem französischen Ministerpräsidenten Leygues als Vorsitzenden der bevorstehenden Pariser Konferenz des Obersten Rates, mitzuteilen, daß die amerikanische Regierung aus dem Obersten Rat ausscheiden und sich auf der Pariser Konferenz nicht mehr vertreten lassen werde. Die amerikanische Regierung ist der Ansicht, daß sie nach den Wahlen, die gegen sie ausgefallen sind, nicht mehr die Verantwortung für die dauernden politischen Entschlüsse im Zusammenhang mit den europäischen und der Friedensfrage übernehmen könne. Dagegen werde Amerika seinen Platz im Wiedergutmachungsausschuß beibehalten, so daß es bei den Entscheidungen über die Durchführung des Abkommens von Spaa (Entwaffnungsfrage usw.) mitsprechen kann.

(TU) Der Staatssekretär des amerikanischen Post-, Telegraphen- und Kabelwesens Clarence Mac Kay erklärte vor dem Senatsausschuß, daß die deutschen Kabel, die von Frankreich und England während des Krieges in Benutzung genommen wurden und nunmehr weiterhin benutzt werden. Sie seien dadurch auf ungesetzliche Weise Frankreich und England zugefallen und müßten ihrem ursprünglichen Eigentümer zurückgegeben werden.

Kommt Frankreich endlich zur Vernunft?

(TU) In einem Artikel der „Westminster Gazette" heißt es, Frankreich sei jetzt, nach der Stellungnahme Englands, bereit anzuerkennen, daß von großen deutschen Zahlungen zur Entschädigung nicht die Rede sein könne. Daher werde Frankreich keine übertriebenen Forderungen stellen, zu deren Durchdrückung militärischer Kraftaufwand notwendig sein würde. Frankreich wird sich auf den Standpunkt stellen, daß es besser sei, sich vorläufig mit kleinen Abschlagszahlungen zufrieden zu geben und diese durch deutsche Lieferungen von Rohmaterialien und Fertigwaren zu ergänzen. Der von Deutschland verlangte Gesamtbetrag werde dem Versailler Abkommen gemäß nunmehr am 1. Mai bekannt gegeben werden.

Statt Paris London?

Der „Intransigeant" meldet, daß die Möglichkeit der Arbeitslosenkrise in England sich verstärken könnte, wodurch es Lloyd George unmöglich würde, England zu verlassen. In diesem Falle soll die Konferenz in London stattfinden. In italienischen politischen Kreisen in Paris wird behauptet, daß, falls Lloyd George nicht in der Lage wäre, der Pariser Konferenz beizuwohnen, auch Graf Sforza nicht nach Paris kommen werde. Im allgemeinen wird von den Italienern die Pariser Konferenz deshalb nicht freudig begrüßt, weil man in italienischen Kreisen annimmt, daß Frankreich und England sich gegenseitig in der Abrüstungs- und orientalischen Frage entgegenkommen.

Die polnischen Putschpläne gegen Oberschlesien.

(TU) Aus den Kreisen der oberschlesischen Industrie wird der Voss. Ztg. mitgeteilt, daß die in den letzten Tagen wiederholt aufgetauchten Gerüchte über polnische Putschpläne ernsten Charakter tragen. Diese Pläne sehen auch den Einmarsch von polnischen Truppenteilen vor, die seit der Einstellung der russisch-polnischen Feindseligkeiten in zunehmender Stärke an der oberschlesischen Grenze untergebracht sind. Der Präsident der Interalliierten Kommission ist von diesen Absichten der Polen in Kenntnis gesetzt worden. Man darf, so wird weiter erklärt, die berechtigte Hoffnung hegen, daß General Lerond solchen polnischen Bestrebungen mit aller Entschiedenheit entgegentreten wird.

Oesterreich vor dem Verhungern.

Nach einer Meldung des Pariser Korrespondenten des „Secolo" hat die österreichische Regierung die französische amtlich benachrichtigt, daß sie vom 15. Januar an nicht mehr in der Lage sei, die Ernährung der Bevölkerung zu sichern. Die französische Regierung sandte einen Beamten zur Untersuchung und beschleunigten Berichterstattung nach Wien. Man befürchtet in Frankreich, daß Oesterreich in seiner Verzweiflung den letzten Rettungsanker, die Vereinigung mit Deutschland, ergreift. Laut der Pariser „Liberte" haben England und Italien auf eine Anfrage Frankreichs, ob sie sich an Vorschüssen an Oesterreich beteiligen wollen, ausweichend geantwortet.

Die dänische Politik in Nordschleswig.

Nach Kopenhagener Blättermeldungen hielt Ministerpräsident Neergaard in Tondern eine Rede in einer von den Regierungsparteien einberufenen Versammlung. Er sprach über den Standpunkt der Regierung bezüglich der künftigen dänischen Politik in Nordschleswig. Er erklärte u. a., daß Dänemark keinen Zwang anwenden, sondern verständige Rücksichtnahme und volle Gerechtigkeit allen zu beweisen gedenke, die sich mit der deutschen Nation verknüpft fühlen und deutsche Kultur zu pflegen wünschen. Voraussetzung für gute nachbarliche Beziehungen zu Deutschland sei, daß man auch deutscherseits Gerechtigkeit beweise gegenüber den vielen, die Dänemark jenseits der Grenze mit Kummer habe zurücklassen müssen. Der Ministerpräsident teilte mit, daß die Uebernahme Nordschleswigs 200 bis 300 Millionen Kronen kosten werde. Er erklärte schließlich, besonders für Tondern sorgen zu wollen, da es durch die neue Grenze von seinem natürlichen Hinterlande getrennt worden sei.

Kommunistenverschwörung in Südslawien.

Die jugoslawischen Zeitungen bringen Einzelheiten über von der jugoslawischen Regierung aufgedeckte kommunistische Putschpläne. Die Kommunisten hatten die Absicht, den Ministerpräsidenten, den Kriegsminister, den Minister des Innern und den Handelsminister zu ermorden, den Prinzregenten und die übrigen Minister in Haft zu setzen. Die Kommunisten hatten ihre Vertrauensmänner bei der Belgrader Funkstation, in den Telephonämtern, bei der Polizei und in der Armee, sogar in der königlichen Garde. Der Putsch sollte im Zusammenhang mit dem Streik der Trifailer Kohlenarbeiter durch einen Generalstreik eingeleitet werden. Die Regierung hatte rechtzeitig von den Plänen Kenntnis erhalten und hat unter Anwendung der schärfsten Maßnahmen nicht nur den Generalstreik unterdrückt, sondern auch den Putsch unmöglich gemacht. Es wurden viele Hunderte von Verhaftungen vorgenommen, alle kommunistischen Organisationen wurden aufgehoben, das Erscheinen der sechs kommunistischen Zeitungen ist eingestellt, die kommunistischen Versammlungshäuser sind besetzt, so daß die Gefahr für jetzt als behoben gelten kann. Eine ununterbrochene Verbindung zwischen Belgrad und Moskau, und zwar mit Hilfe der Vertrauensleute bei der Belgrader Funkstation, konnte nachgewiesen und noch rechtzeitig verhindert werden.

Eine Ergänzungsaktion für die Eisenbahner.

Außer dem deutschen Eisenbahnerverband haben gestern auch die anderen Eisenbahnerorganisationen zu dem Ergebnis der Verhandlungen zwischen Regierung und dem 16er-Ausschuß Stellung genommen. Wie mitgeteilt wird, sind zwar noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt worden, doch ließen die Verhandlungen erkennen, daß die Zugeständnisse des Reichsfinanzministers als unzureichend abgelehnt werden müßten. Eine Entschließung der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (christlich) erklärt, daß die Abmachungen besonders in den unteren Lohn- und Gehaltsklassen ganz unzureichend erhöht werden. Er wird den übrigen Großorganisationen eine Ergänzungsaktion vorschlagen, die vom 16er-Ausschuß der Reichsregierung gegenüber vertreten werden soll, und durch die der Not der Beamten und Arbeiter abgeholfen werden kann.

Das Ergebnis der Urabstimmung der Eisenbahnbeamten.

(TU) Das Ergebnis der Urabstimmung der Eisenbahnbeamten über den Streik liegt jetzt für den ehemalig preußisch-hessischen, sächsischen, oldenburgischen und mecklenburgischen Bezirk vor. Danach haben von insgesamt 319 732 Beamten nur 73 3/10% an der Abstimmung teilgenommen. Für den Streik haben nach einer Mitteilung der Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahnbeamten 192 935, also 60 3/10% der Beamtenschaft, gestimmt. Es ist anzunehmen, daß bei Berücksichtigung der noch nicht vorliegenden Ergebnisse aus Bayern, Württemberg und Baden der Prozentsatz der für den Streik stimmenden Beamten voraussichtlich bis zu 50% zurückgehen wird.

Tagesereignisse.

— **(Neue Kohlenforderungen der Entente.)** Die Wiederherstellungskommission entschied, daß Deutschland in den Monaten Februar und März außer den 500 000 Tonnen Kohle, die gemäß dem Spaabkommen noch abzuliefern seien, monatlich 2,2 Millionen an die Alliierten abzuliefern habe.

— **(Die Kosten der Besetzung.)** Nach der Temps veröffentlicht der Berliner Berichterstatter der Daily News eine ihm aus französischen Kreisen zugegangene Aufstellung über die Kosten für die Unterhaltung des Besetzungsheeres in Deutschland. Hiernach kostete seit dem Waffenstillstand die Unterhaltung des amerikanischen Heeres 262 474 170 Dollar, des englischen Heeres 51 900 890 Pfund Sterling, des französischen Heeres 2 002 998 050 Franken, des italienischen Heeres 15 207 717 Lire und des belgischen Heeres 316 940 698 belgische Franken. Der Berichterstatter erklärt ferner, daß Deutschland in natura schon Lieferungen an das Besetzungsheer geleistet habe, die sich auf viele Milliarden belaufen. Er bedauert, daß kein Vertreter Amerikas in Brüssel anwesend sein werde, um zu erklären, warum die Kosten für das amerikanische Besetzungsheer im Vergleich zu denen für das französische so hoch seien.

— **Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten** hielt gestern im Beisein des Reichskanzlers und des Ministers des Aeußeren eine Sitzung ab. Zur Beratung stand der Notenwechsel mit der Entente, insbesondere über die oberschlesische Frage. Die Verhandlung war vertraulich. Es herrschte Uebereinstimmung darüber, daß die Verhältnisse in Oberschlesien und das veröffentlichte Abstimmungsreglement den Reichstag nach seinem Zusammentritt beschäftigen müsse. Die nächste Ausschußsitzung wird am 20. oder 21. Januar stattfinden.

— **(Die Unabhängigen gegen die Kommunisten.)** In der gestrigen Bezirks-Generalversammlung Berlin-Stadt erklärte Hilferding in einem Referat über die politische Lage und die Landtagswahlen zu dem offenen Brief der Kommunisten, in dem sie die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften zu gemeinsamer Aktion auffordern, daß die Unabhängigen keine Veranlassung hätten, mit den Kommunisten zusammenzugehen. Hilferding bezeichnete den offenen Brief der Kommunisten als die Bankerotterklärung. Die Unabhängigen seien gezwungen, scharf gegen die Kommunisten zu kämpfen, solange deren Politik eine akute Gefahr für die deutsche Arbeiterbewegung bilde.

— **(Die Todesstrafe für Schieber.)** Bei der Eröffnungssitzung der von der österreichischen Regierung veranstalteten Untersuchung über den Abbau der Preise erklärte der Vertreter der sozialdemokratischen Technischen Union, wenn bis zum 20. Januar in dieser Frage nicht wirklich Ernst gemacht werde, würden die Angehörigen der Technischen Union und die Südbahnangestellten solidarisch in den Ausstand treten und darin verharren, bis ein greifbares Ergebnis erzielt worden sei. Er verlangte die Einführung der Todes- und die Prügelstrafe für die Schieber und drohte, wenn bis zum 20. Januar keine ernsten Maßnahmen getroffen würden, würden sie die Schieber selbst aufhängen. Ebenso verlangte er die Einführung der Zensur für Telephon und Telegraph, um die Schieber beaufsichtigen zu können. Falls bis zum 20. Januar die Regierung keine befriedigende Antwort erteile, würden sie die Zensur eigenmächtig einführen. Ferner sagte er, wenn die Angestellten und Eisenbahnbediensteten sich solidarisch erklärten und gemeinsam den Anschluß an das Deutsche Reich verlangten, würden sie den Verband zwingen, Ernst zu machen und sie nicht verhungern zu lassen.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 12. Jan. **(Verschiedenes.)** Auf Anregung von Oberbürgermeister Dr. Most, M. d. R., hat sich nach längeren Vorbesprechungen auf dem letzten Einzelhandelstag zu Bochum und im Kreise der Beteiligten am 29. v. Mts. in Duisburg-Ruhrort ein **Arbeitsausschuß** gebildet, der seine Aufgabe darin sieht, den Vorschlag der Sozialisierungskommission vom 24. September 1920 für ein **Kommunalisierungsgesetz** durchaus sachlich, aber mit allem Nachdruck zu bekämpfen und damit zusammenhängende Fragen laufend zu studieren und zu verfolgen. In diesen Ausschuß haben außer den Handelskammern Bielefeld, Bochum, Krefeld, Dortmund, Duisburg-Wesel, Düsseldorf, Essen, M.-Gladbach und Münster Vertreter entsandt: die Handwerkskammer Düsseldorf als geschäftsführende Stelle der Handwerkskammervereinigung des niederrheinisch-westfälischen Industriebezirks, der rheinisch-westfälische Tischlerinnungs-Verband in Essen für die freien Verbände des Handwerks, die Ortsgruppen Düsseldorf und Essen des Zentralverbandes des Großhandels, der Einzelhandelsverband für Rheinland-Westfalen sowie einzelne ihm angeschlossene Organisationen, der rheinisch-westfälische Landesverband der Kolonialwarenhändler, Sitz Essen, der Verband der rhein.-westf. Kohlenhändler, endlich zahlreiche Mittelstandsvereinigungen. Außerdem haben Vertreter der einzelnen bürgerlichen Parteien ihre Mitarbeit zugesagt. In der ersten Ausschußsitzung wurden Organisations- und Propagandafragen eingehend und mit sachlich nicht unbeträchtlichen Ergebnissen behandelt. Geschäftsführende Stelle ist die Niederrheinische Handelskammer Duisburg-Wesel zu Duisburg-Ruhrort, Fürst-Bismarckstraße 44.

(Die Witterung von 1921.) Von jetzt ab nehmen die Tage morgens und abends zu, und sobald wir die Monatsmitte erreicht haben, geht dies Wachstum auch in schnellerem Tempo vor sich. Wie es scheint, werden wir einen veränderlichen, aber vorwiegend milden Winter und danach einen kühlen, ziemlich feuchten Frühling und Sommer haben. Zur Zeit ist die Trockenheit noch immer erheblich, wenn auch das Tauwetter um die Weihnachtszeit dem verschiedentlich schon drohenden Versiegen von Brunnen noch rechtzeitig ein Ziel gesetzt hat. Auch wenn sich der Winter vorwiegend milde gestaltet, soll doch nicht vorzeitig mit Säen und Pflanzen begonnen werden. Nachtfröste bleiben nie ganz aus.

(Oberschlesier, Achtung!) Alle abstimmungsberechtigten Oberschlesier, welche noch nicht sich zur Abstimmung gemeldet haben, werden hiermit dringend ersucht, sich bis zum Samstag, den 15. Januar, im Büro der Bezirksgruppe Hamm — Altes Rathaus Zimmer 9 — Eingang Kleine Weststraße zu melden. Spätere Meldungen können nicht berücksichtigt werden. Für die Bezirksgruppe Hamm kommen die Kreise Hamm und Lüdinghausen in Betracht.

Für die heimattreuen Oberschlesier wird von morgen Donnerstag ab eine Haussammlung veranstaltet, durch die die zur Abstimmung berechtigten deutschgesinnten Oberschlesier unterstützt werden sollen. Die Damen gehen mit abgestempelten Listen. Im Interesse der Wichtigkeit und damit Oberschlesien deutsch bleibe, wird um reichliche Gaben gebeten.

(Städt. Volkshochschule.) Die Vorträge im laufenden Tertial (Januar bis März einschl.) beginnen am 19. ds. Mts. Es findet nur eine Vortragsreihe statt, und zwar über Kunst, für welche wieder Herr Oberzeichenlehrer Kreutzfeldt-Hamm gewonnen ist. Ueber die Vorträge dieser Art irgend ein Wort der Empfehlung zu sagen, dürfte sich wohl erübrigen. Erwähnt sei nur, daß die neue Vortragsreihe als Fortsetzung der früheren Vorträge gedacht ist. Meister deutscher Malerei (Dürer, Holbein, Grünewald u. a.) werden wir unter Benutzung von Lichtbildern kennen lernen. Die Vorträge finden regelmäßig Mittwochs (nicht mehr Montags) um 8 Uhr abends in der Aula des Gymnasiums statt. Die Hörergebühr beträgt wie seither 10 Mark für das Tertial; Einzeichnungslisten liegen in der Buchhandlung der Kamener Zeitung und beim Geschäftsführer Rektor Rüberg, Klosterstr. 10, auf. Gleichzeitig wird schon darauf hingewiesen, daß neben der Vortragsreihe über Kunst auch 5 Vorträge aus dem Gebiete der Naturwissenschaft vorgesehen sind; Thema, Zeit und Ort werden an dieser Stelle besonders bekanntgemacht.

Dortmund, 11. Jan. **Das evangelisch-kirchliche Jugendamt für Westfalen** wird am 12. Januar von Witten nach Dortmund verlegt. Amtsräume: Evangelisches Bürgerhaus, 1. Kampstraße 67, Wohnung des Leiters: Jugendpastor Benfey, Rosental 13. Das kirchliche Jugendamt ist in weiten Kreisen bekannt geworden durch die beiden großen evangelischen Jugendtage: 1919 auf der Burg Altena, 1920 an der Porta Westfalica, zu denen sich sämtliche evangelischen Jugendverbände des Industriebezirks bezw. Nordwestdeutschlands einmütig zusammenfanden.

** **Dortmund**, 11. Januar. **(Verschiedenes.)** In Dortmund hat man zwei **Bau-Produktiv-Genossenschaften** gebildet, die die Uebernahme und Ausführung von Baulichkeiten jeder Art übernehmen. Die Mitglieder der Genossenschaften sind im allgemeinen im Bauberuf tätig. Für den Ankauf von Geräten und zur Deckung der bei den Einrichtungen der Unternehmen entstandenen Kosten haben die beiden Gesellschaften „Dortmund" und „Eintracht" beim Magistrat die Gewährung eines Darlehns von je 50 000 Mark beantragt. Die Sicherheit für den darzuleihenden Betrag übernimmt für die Genossenschaft „Dortmund" der Deutsche Bauarbeiter-Verband Hamburg und für die Genossenschaft „Eintracht" der Zentral-Verband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, Berlin-Lichterfelde. — Am Hauptbahnhof wurden zwei Personen **festgenommen**, die an einem fahrenden Personenzuge, der nachts gegen 3 Uhr hier einlief, entlanggeklettert waren, anscheinend um Ueberfälle im Zuge auszuführen. Im Besitze des einen der Verhafteten wurde eine große Summe gefunden, die anscheinend aus einem Ueberfall auf schlafende Reisende herrührt.

*

Ein räuberischer Ueberfall vor dem Schwurgericht.

Dortmund, 11. Januar. Die erste der diesjährigen Tagungen des Schwurgerichts Dortmund wurde gestern eröffnet. Es sind bis jetzt 8 Verhandlungen angesetzt, zu denen vielleicht noch einige hinzukommen werden. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Freyer. Die erste Verhandlung richtete sich gegen den 1898 in Krefeld geborenen Maschinenschlosser Johann Kisters, den 19 Jahre alten Bergmann Heinrich Schmidt und den 22jährigen Arbeiter Heinrich Hunecke, beide aus Schüren, wegen eines am 18. Oktober in Hörde gemeinschaftlich ausgeführten Raubes. Schmidt war im Oktober aus dem Gefängnis, in dem er zum wiederholten Male wegen Diebstahls gesessen, entlassen worden. Offenbar scheute er sich, in das elterliche Haus, so herabgekommen wie er war, zurückzukehren. Er trieb sich deshalb arbeits- und obdachlos in Hörde umher. Dabei wurde er mit Kisters bekannt, der auch schon öfter hinter den schwedischen Gardinen gewesen war und ebenfalls faulenzend umherlungerte. Nachts pflegten die Burschen in Scheunen zu übernachten, wobei ihnen eine Freundin Schmidts Gesellschaft leistete. Für diese und für sich machten Schmidt und Kisters am 13. Oktober außer bei anderen Händlern auch bei dem Kleider- und Wäschehändler Engel Einkäufe. Dabei soll sie, wie Kisters behauptet, Engel betrogen haben. Aus Aerger darüber beschloß Kisters, dem E. eins auszuwischen. Nach längerem Zureden gewann er den Schmidt für diesen Plan und wußte auch den Arbeiter Hunecke, der aus dem Elternhaus gewiesen worden war, weil er kein Kostgeld bezahlen wollte, und sich auch herumtrieb, geneigt zu machen, der Dritte im Bunde zu sein. Einige Tage wurde der Feldzugsplan gegen Engel eingehend besprochen und die Rollen von Kisters verteilt. Man wollte bei Engel sich Anzüge und Wäsche zum Kauf vorlegen lassen und mit diesen ohne Bezahlung davongehen. Kisters wollte Engel mit einer Pistole in Schach halten, während die beiden anderen Kumpane die Tür zuhalten und sich mit Frau Engel beschäftigen sollten. Schmidt und Hunecke verlangten jedoch, daß die Pistole, die Kisters dem Schmidt abgenommen hatte, nicht geladen werden dürfe, um kein Unheil anzurichten. Als die drei Angeklagten am Morgen des 18. Oktober zur Tat schritten, erklärte jedoch K., daß er den Engel niederschießen werde, wenn er sich widersetzen sollte. Nachdem Kisters, Schmidt und Hunecke den Engelschen Laden betreten hatten, ließen sie sich Kleider, Wäsche und Schuhe zur vollständigen Neueinkleidung vorlegen. Schmidt ging dann mit Engel in ein Nebengemach, um die Umkleidung zu vollziehen. Dann begehrten auch die beiden anderen, sich umzuziehen. Darauf ging Engel nicht ein und verlangte Bezahlung. Diese Forderung war das Signal zum Angriff. Kisters zog den Revolver, hielt ihn dem Engel vor, rief: „Hände hoch!" und stieß den Engel zurück, daß dieser in eine Ecke taumelte. Zugleich schloß Schmidt die Ladentür und Hunecke warf die Frau Engel zu Boden, die mit den Angeklagten im Widerspruch aussagt, daß ihr die Hände mit einem Strick lose zusammengebunden worden seien und der Mund verstopft worden sei, sodaß sie geblutet und später Blut gespuckt habe. Engel will nach den Angriffen nur den Schnupfen bekommen haben. Während die Angeklagten mit den Eheleuten Engel beschäftigt waren, kam die 7jährige Tochter und schrie heftig um Hilfe. Das veranlaßte die Angeklagten, von ihren Opfern abzulassen und die Flucht zu ergreifen. Schmidt wurde alsbald festgenommen, die beiden anderen entkamen, wurden aber auch nach einigen Tagen ermittelt und verhaftet. Die Angeklagten sind geständig, Kisters sucht seine Gefährten möglichst zu entlasten. Die Geschworenen sprachen die Angeklagten im Sinne der Anklage schuldig, billigten dem Schmidt und Hunecke mildernde Umstände zu, versagten sie jedoch dem Kisters. Der Vertreter der Anklage beantragte gegen Kisters 7 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust, gegen die beiden anderen je 4 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust. Das Gericht verurteilte Kisters zu 6 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, den Schmidt und den Hunecke zu je 4 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust. Kisters erklärte übrigens auf den Antrag der Staatsanwaltschaft, daß er sich der Gewalt füge, nach Verkündung des Urteils aber, daß er Revision einzulegen beabsichtige.

*

? **Hagen**, 11. Jan. **(Ein Skandal im Städtischen Schauspielhause.)** Am Donnerstag abend machte sich bei der Aufführung des Dramas „Der Sohn" von Hasenclever der Unmut des Publikums energisch geltend. Hatten schon nach den einzelnen Abschlüssen viele Besucher das Theater verlassen, so kam es in den letzten Szenen zu offenem stürmischem Widerspruch. Ein Theaterbesucher erhob sich, protestierte dagegen, daß man dem Publikum „solchen modernen Mist" zu bieten wage, und forderte, daß die Vorstellung abgebrochen werde. Hierauf verließ er, gefolgt von mehreren anderen Besuchern, das Theater. Als darauf die Schauspieler die unterbrochene Aufführung wieder aufnahmen, wurde gezischt, gepfiffen und lebhafte Schlußrufe erschollen, während andere durch lebhaftes Klatschen Einspruch gegen die Störung erhoben. Als auf der Bühne weitergespielt wurde, verließen weitere zahlreiche Besucher das Haus. Das Drama konnte dann zu Ende gespielt werden.

** **Bielefeld**, 11. Jan. **Die Zentrumspartei** des Wahlkreises Westfalen-Nord — Münster-Minden — hat für die Landtagswahl folgende Kandidaten aufgestellt: Landesökonomierat Herold, Arbeitersekretär Stieler-Gladbeck, Lyzeallehrerin Giese-Bottrop, Bauunternehmer Ketenburger-Paderborn, Staatssekretär Domkapitular Wildermann-Münster, Legationssekretär Major a. D. von Papen-Werl, Abg. Brust-Hannover, Kreisschulrat Kamp-Münster, Finanzpräsident Geh. Reg.-Rat Schmedding-Münster, Generalsekretär Metzinger-Essen, Fabrikant Kayser-Bielefeld, Landwirt Rhöing-Beverungen.

? **Bielefeld**, 11. Jan. **(Zwei Spielnester ausgehoben.)** Die hiesige Kriminalpolizei hat zwei Spielhöllen ausgehoben, in denen seit geraumer Zeit um nicht unbeträchtliche Summen gepokert wurde. Es handelt sich um eine Wirtschaft und um ein Kaffeehaus. Die Beamten nahmen insgesamt 12 Personen, darunter auch die Inhaber der beiden Lokale, fest.

! **Wipperfürth**, 11. Jan. **(Ein Revolverheld von Frauen verprügelt.)** In Berghausen schoß bei einem Streit zwischen zwei Brüdern einer dem andern eine Revolverkugel ins Bein. Eine Anzahl Frauen, die Zeuge des Vorfalles waren, stürzten sich sofort auf den Schützen und verprügelten ihn nach allen Regeln der Kunst. Blutüberströmt mußte er zum Arzte gebracht werden. In seinen Taschen fand man mehrere geladene Revolver.

(W) **Hamborn**, 11. Jan. **(Streikschluß.)** Die Verwaltung der Thyssenhütte teilt mit, daß von heute früh ab die Hütte für einen beschränkten Betrieb wieder eröffnet werde, da sich im Laufe des gestrigen Tages tausende von Arbeitswilligen zur Arbeit gemeldet hätten. Der Streik auf den Schachtanlagen des Hamborner Bezirks ist so gut wie erloschen.

Kempten, 11. Jan. **(Blutiges Ende eines Ehedramas.)** Ein blutiges Drama ereignete sich in der Wirtschaft „Drei Könige" in Wangen. Der Fabrikarbeiter Bolfinger stieß dem Gastwirt Heider sein Messer mit aller Wucht in den Kopf, sodaß es stecken blieb. Heider griff zum Revolver und brachte seinem Gegner einen tödlichen Schuß bei. Die Ursache zu dieser Bluttat bildet ein sträflicher Verkehr Bolfingers mit der Ehefrau Heiders.

Köln, 11. Jan. **(Schweres Brandunglück.)** Am Sonntag morgen um 8 Uhr brach in einer Schokoladenfabrik in Mülheim an der Mündelstraße ein Großfeuer aus, dem drei Menschenleben zum Opfer fielen: ein Mann, eine Frau und ein acht Monate altes Kind sind erstickt und verbrannt. Der Dachstuhl und das zweite Stockwerk des Hauses sind zerstört. Entstehungsursache anscheinend Ueberheizung.

(TU) **Aachen**, 11. Jan. **(Schweres Eisenbahnunglück.)** Wie der „Volksfreund" meldet, entgleiste gestern um Mitternacht bei der Ausfahrt aus dem hiesigen Hauptbahnhof ein Wagen eines nach Belgien bestimmten Güterzuges. Die nachfolgenden 12 Wagen türmten sich hoch auf und wurden zum Teil zertrümmert. Zwei Personen wurden getötet, einige Bahnwärter schwer verletzt. Der Schaden ist sehr bedeutend.

(W) **Mainz**, 11. Jan. **Das französische Kriegsgericht** verurteilte den Kommunisten Schilling aus Höchst am Main wegen Aufreizung französischer Soldaten zur Revolte, begangen durch Verbreitung einer bolschewistischen Flugschrift, zu 3 Jahren Gefängnis und zu einer erheblichen Geldstrafe. Der Kommunist Glaab aus Worms wurde wegen Einfuhr verbotener Schriften ins besetzte Gebiet zu 1 Monat Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Wegen derselben Straftat erhielt der Kommunist Stichelberg aus Mainz unter Bewilligung mildernder Umstände 500 Mark Geldstrafe.

Billig Land und Geld für Heimstätten.

Ein gesundes Heimstättenrecht war früher Gemeingut des deutschen Volkes. Nach altgermanischer Auffassung hatte nur der Anrecht auf den Boden, der auf ihm arbeitete. Nur die Arbeit verlieh Besitzrecht. Dem, der seine Heimstätte verfallen ließ, wurde das Besitzrecht entzogen; die Markgenossenschaft übertrug den Boden einem anderen, der gewillt war, auf ihm zu arbeiten. Dieses altdeutsche Bodenrecht wurde im Mittelalter durch römisches Recht verdrängt, das den Boden zur Ware machte, mit der man beliebig handeln und wuchern konnte. So wurde der Bodenbesitz ein Vorrecht weniger. Die anderen haben sich längst daran gewöhnt, diesen Zustand als unabänderlich, was noch schlimmer ist, als unwichtig und nebensächlich zu betrachten. Gleichgültigkeit, Unkenntnis der volkswirtschaftlichen Grundgesetze und Einschläferung durch geschickte Darstellung der an unsozialen Vorrechten Beteiligten haben das bewirkt. Nur zu oft predigte der Freund des Volkes tauben Ohren, besonders vor dem Kriege, als noch der äußere Glanz bestand. Das wurde mit dem Kriege anders. Kein Gedanke wurde von unseren Kämpfern mit solcher Begeisterung aufgenommen wie der, in der Heimat eine unverlierbare Heimstatt zu finden. Leider blieb die Verwirklichung aus. Die Botschaft verhallte

Der Australier.

Roman von Hedwig Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

22. Fortsetzung.

Als Ralf jetzt mit der Komtesse zu ihnen trat, sahen sie ihm erwartungsvoll entgegen. Ralf richtete sich hoch auf und ergriff sofort in seiner energischen, zielsicheren Art das Wort:

„Meine Herren, ich teile Ihnen mit, daß mir Komteß Riedberg im Namen ihrer kranken Mutter Vollmacht erteilt hat, die schwebenden Geschäfte, die Sie hierher geführt haben, mit Ihnen zu erledigen. Wollen Sie das bitte bestätigen, gnädigste Komteß?"

„Ich bestätige, was Herr Jansen soeben gesagt hat", erwiderte die Komtesse. Sie fühlte sich wunderbar ruhig und sicher an seiner Seite.

Die Gläubiger sahen sich an, als wollten sie fragen: Wie sollen wir das verstehen?

Ralf ließ sie darüber nicht lange im Zweifel.

„Ich muß mir erst einmal genau darüber klar werden, was hier geschehen muß, um alles zu ordnen. Aber ich gebe Ihnen mein Wort, daß jeder von Ihnen zu seinem Rechte kommen wird, wenn Sie in Ruhe abwarten wollen, bis ich alles übersehen kann. Dagegen stelle ich aber die Bedingung, daß die Damen in keiner Weise mehr belästigt werden dürfen. Sie sind ohnedies außerstande, Ihnen irgendwelche Auskünfte zu geben oder Ihre Forderungen abzuschätzen und zu bewilligen. Das müßten Sie als Geschäftsleute eingesehen haben. Dies Trauerhaus ist überhaupt nicht der Ort, derartige Geschäfte zu erledigen. Erst muß doch vor allen Dingen der verstorbene Herr dieses Hauses in Frieden beerdigt werden. Dann ist es an der Zeit, Ihre Ansprüche geltend zu machen. Ich schlage Ihnen vor, Sie kommen nach drei Tagen zu mir nach Berndorf. Inzwischen nehme ich Rücksprache mit Herrn Bankier Volkmann, und dann werde ich Ihnen Vorschläge machen, wie hier alles geregelt werden kann. Ich sage Ihnen nochmals, Sie kommen zu ihrem Rechte, wenn Sie sich gedulden und bitte Sie dringend, die Damen nicht mehr zu belästigen. Sind Sie damit einverstanden?"

Die Gläubiger sahen sich an. Sie wußten sehr wohl, daß die Angelegenheit jetzt in den besten Händen war. Des Australiers Wort war so gut, wie bar Geld. So besannen sie sich nicht lange. Sie erklärten sich einverstanden, und wenige Minuten später hatten sie Schönau verlassen.

Die Komtesse trat aufatmend mit Ralf in das Zimmer zurück. Mit einem leuchtenden Blick sah sie zu ihm empor und ergriff seine Hand.

„Gottlob, nun sind sie fort. Lassen Sie mich Ihnen Dank sagen, Herr Jansen."

Ein gutes, frohes Lächeln erhellte sein ernstes Gesicht.

„Wozu danken, Komtesse? Sie haben doch gesehen, daß es gar nicht schwer war, mit den Herren fertig zu werden."

„Ihnen ist dies freilich überraschend schnell gelungen. Sie müssen einen Zauberstab besitzen. Aber meinen wärmsten Dank müssen Sie doch entgegennehmen."

Er sah verlegen aus.

„Bitte, sprechen Sie nicht von Dank — das beschämt mich. Wollen Sie mir unbedingt danken, so tun sie es dadurch, daß Sie mir Ihr volles Vertrauen entgegenbringen, und daß Sie großmütig über irgendwelche gesellschaftliche Fehler hinwegsehen, die mir in einem Verkehr mit Ihnen und Ihrer Frau Mutter unterlaufen sollten."

Mit großen, ernsten Augen sah sie ihn an.

„Meines Vertrauens können Sie unbedingt sicher sein, Herr Jansen. Und was Sie von gesellschaftlichen Fehlern sprechen, ist wohl überflüssig. Ich glaube nicht, daß Ihr taktvolles Wesen solche Fehler zuläßt. Sollte es aber doch der Fall sein, daß Ihnen solch ein kleiner Verstoß gegen die hergebrachte Sitte unterlaufen würde, so würde ich mir sagen, daß unsere gesellschaftlichen Formen sehr mangelhaft sind, wenn sie das zum Unrecht stempeln, was aus eines ehrlichen Mannes Herzen kommt. Und ich werde ganz sicher nicht vergessen, daß Sie für solch einen Fehler nicht verantwortlich gemacht werden können. — Sie waren lange in Australien, wie man mir sagte?"

Die beiden jungen Menschen saßen sich gegenüber und sprachen warm und herzlich miteinander.

Ralf neigte das Haupt.

„Ja, Komtesse, jahrelang habe ich dort in der Wildnis gelebt. Außerdem bin ich der Sohn eines schlichten Handwerkers, und meine Mutter ist die Tochter eines armen Dorfschulmeisters. Mir hat niemand gesagt, was zum guten Ton Ihrer Gesellschaft gehört. Ich weiß, in Ihren Kreisen pflegt man von einem Manne, wie ich einer bin, zu sagen: Ihm fehlt die Kinderstube."

Sie schüttelte lächelnd den Kopf.

„Das wird von Ihnen ganz gewiß niemand behaupten können. Ich kenne eine ganze Anzahl Menschen, die eine sehr gute Kinderstube hatten, und doch nicht besitzen, was Ihnen in reichem Maße eigen ist."

„Was wäre das Komtesse?"

Lieb und freundlich sah sie ihn an.

„Herzenstakt, Herr Jansen. Den besitzen Sie jedenfalls in hervorragendem Maße."

Seine Augen strahlten auf.

„Diese Tugend hat mir wohl meine gute Mutter vererbt. Sie ist eine schlichte Frau, aber ihr Herz ist voll Güte. Ich habe sie nie etwas tun sehen, was nicht menschlich schön und gut gewesen wäre."

Ein wehmütiges Empfinden beschlich Dagmar. Wie beneidenswert war er, daß er so von seiner Mutter sprechen konnte.

„Es ehrt Sie und Ihre Frau Mutter, daß Sie so von ihr sprechen. Ihre Frau Mutter lebt bei Ihnen in Berndorf, nicht wahr? Ich habe Sie zuweilen mit einer alten Dame mit weißem Haar im Wagen fahren sehen."

„Ja, das war meine Mutter."

„Darf ich fragen, weshalb Sie so zurückgezogen in Schloß Berndorf leben, weshalb Sie keine Besuche in der Nachbarschaft machen?"

Er sah ihr ernst in die Augen.

„Weil ich ganz genau weiß, daß ich für meine aristokratischen Nachbarn nichts bin, als ein Emporkömmling, dem man tunlichst aus dem Wege geht. Es liegt nicht in meiner Natur, mich aufzudrängen. Deshalb bleibe ich für mich."

Sie schüttelte den Kopf.

„Niemand würde Sie für aufdringlich halten. Man hätte Sie sicher überall freundlich aufgenommen."

„Sie müssen mir schon gestatten, daß ich daran zweifle. Vielleicht hätte man hie und da keine Aufdringlichkeit in meinem Besuch gesehen. Aber wenn man mich nur an einer Stelle hochmütig abgelehnt hätte, das wäre mir eine unerträgliche Demütigung gewesen."

„So stolz sind Sie?" fragte sie leise.

Er reckte sich straff empor.

„Wenn Sie das stolz nennen, ja, dann bin ich stolz."

Voll Interesse sah sie ihm in die Augen.

„Sie sind berechtigt zu diesem Stolz. Aber auf diese Weise werden Sie immer allein stehen, und Sie werden es auch den Menschen, die gern mit Ihnen verkehren möchten, unmöglich machen, sich Ihnen zu nähern. Man bedauert sehr, daß Sie so zurückgezogen leben."

Er warf stolz den Kopf zurück.

„Wer mir nähertreten will, wird ja den Weg zu mir finden!"

(Fortsetzung folgt.)

gemeinsam Nationalversammlung, Reichstag und die Landtage verschiedener Länder unzweideutig ihren guten Willen kundgegeben hatten. Wohnungsnot, Ernährungssorge und Arbeitslosigkeit trieben viele zur Verzweiflung. Soll es anders werden, dann müssen Gesetze geschaffen werden, die kraftvoll und zielklar die Interessen des Volkes wahrnehmen. Billig Land und billig Geld für den Heimstättenbau, das ist jetzt die Forderung des Tages. Sie ist geradezu eine Lebensfrage unseres Volkes, denn ohne ihre Lösung ist der Wiederaufbau unmöglich. Auf diese Lösung kann aber nur gehofft werden, wenn der größte Teil des Volkes hinter dieser Frage steht. Deshalb ist es mit Freude zu begrüßen, daß vor etwa ½ Jahre sämtliche großen Spitzengewerkschaften Deutschlands, Arbeiter, Angestellte und Beamte, die etwa 15 Millionen Volksgenossen ausmachen, sich zu einem Aktionsausschuß der deutschen Gewerkschaften für das Reichsheimstättenamt vereinigten, um daran zu helfen, jedem Deutschen die Möglichkeit zu geben, sich eine Heimstätte zu erringen. Der Nationalversammlung wurde ein Heimstättengesetz vorgelegt, das wohl die Rechtsform der Heimstätten gab, aber nicht die Wege zur Beschaffung von billigem Land und billigem Geld wies. Unter Beteiligung sämtlicher Gewerkschaften und dem Vorsitz von Dr. Adolf Damaschke schuf man nun den ständigen Beirat für das Heimstättenwesen im Reichsarbeitsministerium, der den Entwurf eines „Gesetzes über den erleichterten Erwerb und besseren Gebrauch des deutschen Bau- und Wirtschaftslandes" der Reichsregierung vorgelegt und damit den Entwurf zu einem durchgreifenden Enteignungsgesetz geschaffen hat. Dieser Gesetzentwurf sichert den Gemeinden ein Ankaufsrecht auf solchen Boden, von dem der Besitzer sich innerlich gelöst hat und den zu veräußern er gewillt ist. Nach dem Gesetzesvorschlag soll die Gemeinde solchen Boden zu einem angemessenen (gerechten) Preise erwerben können. Zur Beschaffung billigen Geldes empfiehlt der ständige Beirat die Benutzung der bestehenden Darlehnskassen, ein Weg, der rechtlich nicht bestritten und der durch eine einfache Anweisung des Reichskanzlers an die Hauptverwaltung der Darlehnskassen sogleich eröffnet werden kann. Die Gemeinden erhalten dann für die Siedlungszwecke in der Höhe Darlehnskassenscheine, wie für den augenblicklichen Bedarf erforderlich sind. Statt jeder Verzinsung werden dem Reich nur die Barauslagen (Druck- und Verwaltungskosten) mit etwa ½ v. H. ersetzt. Jedes Darlehn ist durch den entstehenden Bau voll gedeckt. Das Darlehn wird mit 1½% getilgt. Nach Maßgabe der zurückfließenden Tilgungsbeträge werden die ausgegebenen Scheine wieder aus dem Verkehr gezogen. Jeder Mißbrauch wird durch besondere Bestimmungen ausgeschlossen. In dem Maße, in dem Darlehnskassenscheine gedruckt werden, entstehen neue volkswirtschaftliche Werte. Die Deckung des Papiergeldes ist also vorhanden. Da die Vorschläge des ständigen Beirats von der größten Bedeutung für das Wohl des Volkes sind, haben auch die hiesigen örtlichen Gewerkschaften sich entschlossen hinter die genannten Vorschläge zu stellen; sie werden nach Kräften helfen, daß sie sobald wie möglich zur Wirklichkeit werden. Der Worte sind genug gewechselt, so laßt uns endlich Taten sehen. Für diejenigen, die hier mithelfen wollen, sei auf die Broschüre des Aktionsausschusses der deutschen Gewerkschaften für das Reichsheimstättenamt Berlin-Grünau, Gartenstadtstraße 39, „Land und Geld für Heimstätten" mit den Beschlüssen des ständigen Beirats für das Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium — Preis 1 Mark — hingewiesen. Auf dem Gebiete des Heimstättenwesens sollten sich alle ehrlichen Volksfreunde zu gemeinsamem Handeln zusammenfinden.

Eine Erläuterung zum Gesetz über das Reichsnotopfer.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Kley in der preußischen Landesversammlung erging nachstehende Antwort des Finanzministers: Da in dem Gesetz über das Reichsnotopfer der 31. Dezember 1919 als Stichtag festgesetzt ist, so wird das der Veranlagung zugrunde zu legende Vermögen durch alle Schäden, die vor diesem Zeitpunkt eingetreten sind, insoweit gemindert, als für die Schäden kein Ersatz gewährt wird. Die Minderung des Vermögens ist in der Steuererklärung zum Ausdruck zu bringen und kann, auch wenn dies versäumt worden ist, im Rechtsmittelwege geltend gemacht werden. Sind die Schäden erst nach dem 31. Dezember 1920 eingetreten, so berühren sie die nach dem Vermögensstande dieses Tages vorzunehmende Veranlagung an sich nicht. Wenn jedoch der Steuerpflichtige nachweist, daß sein Vermögen sich gegenüber dem Stande vom 31. Dezember 1919 infolge außergewöhnlicher Unglücksfälle um mehr als den fünften Teil vermindert hat, so gibt ihm Paragraph 57 dieses Gesetzes das Recht, zu beantragen, daß die Abgabe nach dem auf einen bestimmten spätern Termin neu festzustellenden Vermögen bemessen wird. Sofern die Auskunft nicht für ausreichend erachtet werden sollte, wird auf entsprechenden Wunsch eine Entscheidung der maßgebenden Reichsstelle hierüber herbeigeführt und mitgeteilt werden.

Zur Entschädigung der ostmärkischen Flüchtlinge.

Der Deutsche Ostbund teilt mit: Der Deutsche Ostbund in Berlin hat dem Reichstage zu dem ihm jetzt vorliegenden Gesetz über den Ersatz der den ostmärkischen Flüchtlingen entstandenen Schäden Anträge zugehen lassen, die eine bessere Wahrnehmung der Interessen der Geschädigten betreffen. Der Deutsche Ostbund hat jetzt beim Reichstage den Antrag gestellt, den in dem Gesetzentwurf zur Kriegsnotenumwechselung vorgesehenen Betrag von 25 Mill. Mark, der völlig unzulänglich ist, entsprechend zu erhöhen. Er hat sich in der Begründung dieses Antrages mit Entschiedenheit gegen den Versuch gewandt, durch das vorliegende Gesetz eine authentische Feststellung dahin herbeizuführen, daß das Reich den Kriegsnoteninhabern gegenüber keine Verpflichtung zur Einlösung habe. Weiter hat der Ostbund u. a. beantragt, daß in das Gesetz die Bestimmung aufgenommen wird, nach der in berechtigtem Umfange solche Schäden ersetzt werden müssen, die den Vertriebenen durch die polnische Zwangsverordnung entstanden sind, die bekanntlich die polnische Mark der deutschen Mark gleichstellt, obwohl sie heute den zehnten Teil ihres Wertes besitzt.

Wie Klara Zetkin nach Frankreich reiste.

Französische Blätter, die sich über das unvermutete Auftauchen der deutschen Kommunistin Klara Zetkin auf dem Sozialistenkongreß in Tours nicht beruhigen konnten, sind der Frage nachgegangen, wie die unerlaubte Grenzüberschreitung überhaupt möglich gewesen sei. Es hat sich nun herausgestellt, daß Frau Zetkin den Uebertritt auf französisches Gebiet an der rheinischen Grenze, und zwar scheinbar nicht weit von Straßburg, im Automobil vorgenommen hat. Am ersten französischen Bahnhof hat sie dann den Zug bestiegen. Kurz vor Paris verließ sie den Zug und benützte eine kleine Vorortbahn, um auf einem nicht der polizeilichen Kontrolle unterliegenden Stadtbahnhof einzutreffen. Niemand hat sie in der Kapitale irgendwie behelligt, und am Vorabend der Kongreßeröffnung in Tours traf sie dort ein, von eingeweihten Parteifreunden bewillkommnet. Im Augenblick, da sie den Kongreßsaal betrat, wurden sämtliche Telephonleitungen abgeschnitten und alle Türen hermetisch verschlossen, so daß die anwesenden polizeilichen Ueberwachungsorgane außerstande waren, die Verhaftung des ungebetenen Gastes vorzunehmen zu lassen.

Wie der kommunistischen „Südwestdeutschen Arbeiterzeitung" aus Paris gemeldet wird, wurde wegen des Grenzübertritts der deutschen Kommunistenführerin Klara Zetkin gegen die zuständige französische Ueberwachungsstelle ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Der Polizeikommissar von Tours wurde vorläufig seines Amtes enthoben. In Elsaß-Lothringen wurde die Kontrolle über die Grenze verschärft. Künftig sollen einreisende Ausländer auch ganz besonders auf ihre politische Ungefährlichkeit kontrolliert werden.

Weitere Nachrichten.

— **(Ein Zwischenfall in Diedenhofen.)** Die elsaß-lothringische Presse berichtet von einem Vorfall auf dem Bahnhof Diedenhofen. Ein französischer Fliegeroffizier sei von einem Beamten der Bahnsperre mit einer Zange auf den Kopf geschlagen worden, nachdem er auf eine in deutscher Sprache gehaltene Bemerkung des Beamten geantwortet habe: „Ich verstehe keiner Boche, sprechen Sie französisch zu mir!" Die „Straßburger Republik" bemerkt zu dem Zwischenfall: „Wer auf den Gebrauch des Wortes „Boche" bei uns immer noch nicht verzichten kann, der soll sich nach unserer Ansicht in seinem und im nationalen Interesse am liebsten dahin zurückmelden, wo er hergekommen ist. Wenn er das nicht will, so muß er halt solche kleinen Zwischenfälle in Kauf nehmen. Wir lassen uns im eigenen Lande nicht beschimpfen." — Die Franzosen scheinen sich demnach zunehmender „Beliebtheit" in den „befreiten" Ländern Elsaß und Lothringen zu erfreuen.

— **(Der Mord an Jaures von Iswolski angestiftet.)** In der Zeitschrift „Vie Oufriere" wird ein Artikel veröffentlicht, wonach der Mord an Jaures durch Iswolski angestiftet worden war, weil dieser als Entgelt für die Annexion Bosniens durch Oesterreich 40 Millionen zu erhalten gehofft hatte, sie aber nicht erhielt. Jaures wollte in der „Humanite" am Tage vor seiner Ermordung diese Tatsache veröffentlichen, er wurde aber von dem während des Krieges gefallenen Deputierten Ferry darauf aufmerksam gemacht, wenn er dies wage, würde er an der nächsten Straßenecke getötet werden. Zweifellos habe Iswolski, um sich seines Anklägers zu entledigen, den Mord angestiftet.

— **(Oberleutnant Vogel amnestiert.)** Wie die „Freiheit" mitteilt, ist der Oberleutnant Kurt Vogel, der unter dem Verdachte steht, bei der Ermordung der Rosa Luxemburg beteiligt gewesen zu sein und der zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt war, sich jedoch dieser Strafe durch die Flucht nach Holland entzog, jetzt durch Gerichtsbeschluß amnestiert worden. Er befindet sich bereits wieder in Deutschland. — Gegen die Amnestierung des Oberleutnants Vogel hat die Staatsanwaltschaft Beschwerde beim Kammergericht eingelegt.

— **Bei den Stadtverordnetenwahlen in Hanau** wurden abgegeben: Für die Handwerkerliste 1908, für die bürgerliche Gemeinschaft (Demokraten, Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Zentrum) 8857, Sozialisten 4229, Kommunisten 5888. Gewählt sind 4 Handwerker, 19 bürgerliche Gemeinschaftler, 8 Sozialisten und 11 Kommunisten. Die bürgerlichen Parteien erhielten somit die Mehrheit.

— **(Das vergewaltigte Deutschland.)** Die Deutsche Kolonialgesellschaft hat bei den Regierungen der Bundesstaaten den Antrag gestellt, daß in sämtlichen deutschen Atlanten und Kartenwerken die uns vorläufig geraubten Gebiete, besonders auch die Kolonien, durch Druck und Farbe weiterhin als deutsches Gebiet kenntlich gemacht werden. Die Bezeichnung „ehemals deutsch" dürfte als irreführend und zu tatenloser Resignation Anlaß gebend zu vermeiden sein. Als Vorbild für die neuen deutschen Karten werden die französischen Karten nach 1871 empfohlen, die Elsaß-Lothringen stets als französisches Land bezeichneten.

— **(Die Folgen der amerikanischen Wirtschaftsdepression.)** Die Zahl der Zusammenbrüche in den Vereinigten Staaten infolge der wirtschaftlichen Depression übertrifft alle früheren. Im November allein gab es über tausend Bankerotterklärungen mit beinahe 40 Millionen Dollars Passiven. Die Verluste der amerikanischen Geschäfts- und Handelswelt im letzten halben Jahre infolge des plötzlichen Preissturzes werden von sachverständiger Seite auf 2 Milliarden Dollars veranschlagt. Die Warenlager sind nach der gleichen Schätzung um drei Milliarden im Werte gesunken. Nur weil die Geschäftswelt während der letzten Kriegszeit ungeheure Gewinne erzielt hat, ist die Erschütterung nicht übermäßig fühlbar geworden und nicht in eine Panik ausgeartet.

— **Raubmord.** In Schnackenburg (Kreis Lüchow) wurde die alleinstehende 76 Jahre alte Hofbesitzerin Gefers in ihrem Kuhstall auf dem Rücken liegend tot aufgefunden. Der Tod ist zweifellos durch Erdrosseln verursacht worden. Die Leiche weist außerdem verschiedene kleinere Wunden auf. Aus dem Hause sind etwa 5000 Mark bares Geld gestohlen worden. Außerdem fehlt ein Sparkassenbuch der Sparkasse in Wittenberge, dessen gesamten Einlagen noch am selben Tage von einem Unbekannten abgehoben wurden.

— **Ein Riesenbrand in Petersburg.** In der Neujahrsnacht wurde Petersburg von einer großen Feuersbrunst heimgesucht. Eine der größten Druckereien, in der eine Reihe der großen Tagesblätter hergestellt werden, ist niedergebrannt. Die Redaktionen und Geschäftsstellen dieser Blätter sind vollkommen zerstört. Auch die Druckerei der „Karany Gazetta" hat unter dem Feuer stark gelitten. Nach 13stündigen Löscharbeiten, an denen sich 15 Feuerwehrzüge beteiligten, gelang es, des Feuers Herr zu werden.

— **Die Wirkungen des Erdbebens in Albanien.** Zu dem jüngst gemeldeten Erdbeben ist noch nachzutragen, daß die durch das Erdbeben angerichteten Zerstörungen bedeutend größer sind, als zuerst angenommen wurde. Der Erdstoß war stark katastrophal und hat die ganze Gegend von Tepeleny bis Albanon dem Erdboden fast vollkommen gleichgemacht. Bei Tegeleny gab im Gebirge ein großer Einsturz eine Gesamtzahl von 600 Verwundeten und 80 Getöteten. 15 Dörfer sind vollkommen verschwunden. Die Zahl der Obdachlosen ist über 30 000. Die Regierung macht die größten Anstrengungen, um den dringendsten Bedürfnissen der Betroffenen zu Hilfe zu kommen.

Schwere Vorwürfe gegen einen Beamten des Finanzministeriums.

(TU) **Berlin,** 11. Jan. Der deutschnationale Abgeordnete Lüdicke hat eine Anfrage an die preußische Regierung gerichtet, in der er gegen den Beamten des Finanzministeriums, Otto Friedel, die Beschuldigung erhebt, daß er während seiner Tätigkeit als Fleischkommissar und Lebensmittelsachverständiger seine Stellung dazu benutzt habe, sich persönliche Vorteile zu verschaffen. Der Antragsteller fragt weiter, ob der Finanzminister eine so belastete Persönlichkeit weiter im Staatsdienste zu beschäftigen gedenke. — Die „Vossische Zeitung" erfährt dazu, daß die gegen Friedel erhobenen Vorwürfe fast durchweg den Tatsachen entsprechen. Friedel bestreitet in allen Punkten die Richtigkeit der Angaben des Abgeordneten Lüdicke.

Meutereien bei den Wrangeltruppen.

(TU) **Warschau,** 11. Jan. Nach einer Meldung des „Orient" aus London ist unter den Truppen des Generals Wrangel nach ihrer Ankunft in Galipoli eine Meuterei ausgebrochen. Englische, französische und russische Offiziere wurden von den Meuterern ermordet. Die desorganisierte und demoralisierte Armee plündert das Land und marschiert auf Konstantinopel zu. Eine Bande von 2000 Soldaten geht auf Rodossa vor. Die Lage ist ernst, da auch die bei Konstantinopel liegenden Truppen sich gegen ihre Führer empört haben.

Kleine Nachrichten.

Wie das „B. T." aus Wien meldet, haben am Sonntag in allen großen Städten Deutsch-Oesterreichs zu gleicher Stunde gewaltige Kundgebungen für Oberschlesien stattgefunden. In Wien fand eine große Versammlung unter dem Vorsitz von 2 Ministern statt. Alle Redner hoben die Bedeutung hervor, die Oberschlesien für alle Zweige des deutschen Volkes habe.

Nach einer Blättermeldung aus Bremen ist am 8. 1. der amerikanische Dampfer West-Arrow von Galveston abgegangen und trifft in diesem Monat mit 742 amerikanischen Milchkühen in Bremen ein.

Der Genfer Rechtsanwalt Borel ist nach London abgereist, wo er ein gemäß dem Versailler Vertrag zu schaffendes internationales Schiedsgericht zur Regelung von Streitigkeiten und Differenzen zwischen Japan und Deutschland einerseits und England und Deutschland andererseits präzisieren wird.

In Brandenburg (Havel), sind in allen Industrien der Metallbranche die Metallarbeiter in den Streik getreten. Es handelt sich um etwa 5 bis 6000 Ausständige, die Lohnforderungen in Höhe von 100 und mehr Prozent gestellt hatten.

Minister Oeser ist vom Magdeburger Bezirkstag der Demokratischen Partei als Spitzenkandidat für die preußische Landtagswahl aufgestellt worden.

Als der Zivilgouverneur von Saienza das Theater verließ, gaben etwa ein Dutzend Leute gegen 30 Revolverschüsse auf ihn ab, ohne ihn zu treffen. Durch die Schüsse wurde ein Polizist und ein Kind schwer verletzt. Die Angreifer ergriffen sofort die Flucht, ohne daß einer von ihnen ergriffen werden konnte.

Angetreten, Oberschlesier!

Von Rudolf Herzog.

Wenn in Väterzeit, ein Jahrtausend lang,
Der Weckruf von Weiler zu Weiler sich schwang,
Von Dorf zu Dorf und von Stadt zu Stadt:
„Heraus, wer ein deutsches Gewissen hat!
Heimat in Not: Von den Polen bedroht:
Verteidigt die Erde! Verteidigt das Brot!"
Dann strichen die Väter ins Wams den Bart
Und sprachen ein Wort von besonderer Art:
„Angetreten, Oberschlesier."

„Angetreten!" Kein ander Wort fiel . . .
Und schon waren sie da und nahmen das Ziel,
Und das Ziel war der Feind, und sie brachen den Ring,
Und die Eisen fiedelten: Spring, Pole, spring!
Wir schufen zu Feldern die Wüstenein,
Wir hoben die Kohle aus hartem Gestein,
Und die Hand sollt verdorrn, wär das Hirn gestimmt,
Daß der Segen durch polnische Gurgeln rinnt —
Angetreten, Oberschlesier!

Oberschlesier, und was ein Jahrtausend gewährt,
Euer Fleiß hat den polnischen Neid genährt,
Euer Korn ward zu golden, eure Kohl zu schwer,
Euer Weibsvolk gebar keine Knechte mehr,
Eure Städte blühten zum Himmel empor,
Dichter und Denker gingen hervor,
Die ganz Deutschland preisend die Seinen hieß —
Und was dünkt euch vom polnischen Paradies?
Angetreten, Oberschlesier!

Ihr lacht! Ihr lacht mit dem grimmen Ton,
Der sich erbte vom deutschen Ahn auf den Sohn.
Und das Auge wandert die polnische Spur
Zu Litauer, Preuße und Masur,
Die aufgestanden, ein Mann und ein Schlag,
Daß der polnische Dünkel am Boden lag!
Und ihr atmet tief: Das Schwerste blieb,
Das ist der letzte, der Siegerhieb!
Angetreten, Oberschlesier!

Nach Schlesien starren die Blicke der Welt,
Das Deutschlands Ehre in Händen hält.
Und ihr sprecht: „Was solls?" und „Verdamm euch Gott,
Spielen wir Judas Ischariot?"
Angetreten! In gleichem Schritt:
Und die Greise nehmt auf den Schultern mit!
Und die Kranken tragt in den Betten herbei!
Schwurfinger hoch! Und ein einziger Schrei:
„Deutsch — deutsch — deutsch, Oberschlesien!!"

Mitteilungen des Lebensmittelamtes der Stadt Kamen.

Dringender Notruf an unsere Milchanlieferer. Seit Wochen ist die Milchablieferung ganz erschreckend gesunken, sodaß Säuglinge noch kaum täglich mit ½ Liter Milch, Kranke dagegen garnicht beliefert werden können. (218

Die Not ist sehr groß. Kinder und Kranke darben und sterben. Es geht die Bitte der notleidenden Bevölkerung, insbesondere der Kinder und Mütter, an Sie, **sämtliche eben verfügbare Milch an die Molkerei bezw. die Milchhändler abzuliefern, damit Ihren Mitmenschen die Milch, das notwendigste Nahrungsmittel, wenigstens in etwa erhalten bleibt.**

Vereinsnachrichten.

Kamen 12. Jan. **Die Vereinigung ehem. Kriegsgefangener,** Ortsgruppe Kamen, hielt am Sonntag morgen im Vereinslokale W. Kümper ihre Generalversammlung ab, welche zahlreich besucht war. Der 1. Vorsitzende Postassistent Lange eröffnete selbige und hieß die Erschienenen herzlich willkommen. Nach Verlesung des Protokolls erstattete der 1. Schriftführer Herr Becker den Jahresbericht. Die Vereinigung bestand Ende 1920 aus 191 Mitgliedern. Es wurden im vergangenen Jahre am 18. April eine Vereinsfeier, am 13. Juni ein Ausflug mit Angehörigen nach Bergkamen, am 17. Oktober ein Herbstfest sowie am 18. Dezember eine Weihnachtsfeier mit Kinderbescherung, veranstaltet. Für ihre uneigennützige Fürsorgstätigkeit während der Gefangenschaft und auch während der ganzen Kriegszeit wurden die Herren Rektor a. D. Siegler sowie Hauptlehrer Richter zu Ehrenmitgliedern ernannt. Die Vereinigung trat auch der Vereinsinteressengemeinschaft Kamen bei. An Unterstützungen wurden 1620 Mark gezahlt. Außerdem zahlte die Vereinigung an zurückkehrende Kriegsgefangene aus Sibirien je 60 Mark. Den Kassenbericht erteilte der Kassierer Kamerad Budde. Als Kassenprüfer wurden die Kameraden Scharfenberg und Brinkmann gewählt. Da nichts einzuwenden war, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Wiederwahl bezw. Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Lange 1., Hilverling 2. Vorsitzender; Becker 1., Fahrenhorst 2. Schriftführer; Budde 1., Schenkmann 2. Kassierer; Gärtner, Hegener, Anton Müller, Beisitzer; Präfelt Vereinsbote. Zum Hilfsausschuß wurden gewählt: Schöttelbreier, Jakobs und Geanonatti. In den Unterstützungsausschuß wurden gewählt: Becker, Jakobs und Wortmann. Zu Delegierten wurden gewählt: Pankoke, Becker, Gärtner. Nachdem noch einige Vereinssachen ihre Erledigung gefunden, wurde die Versammlung geschlossen.

Kamen 12. Jan. **Der Sauerländische Gebirgsverein,** Abteilung Kamen, hielt am Samstag abend im Vereinslokale seine Hauptversammlung ab, welche vom 1. Vorsitzenden Herrn Rittenbruch eröffnet wurde. Nach Verlesung des Protokolls, gegen welches nichts einzuwenden war, erstattete der 1. Schriftführer Herr Sommerfeld den Geschäftsbericht. Der Mitgliederbestand betrug Ende 1920 128. An Wanderungen sind im Jahre 11 unternommen worden, welche sich durchschnittlich einer guten Beteiligung erfreuten. Am 6. November fand im Vereinslokale Hotel Biermann ein Lichtbildervortrag statt und am 5. Dezember ein Ausflug nach Klosterkötter, verbunden mit Unterhaltung. Der Kassenbericht ergab eine Einnahme von 1740,13 Mark, dem eine Ausgabe von 919,95 Mark gegenübersteht, sodaß ein Bestand von 820,20 Mark zu verzeichnen ist. Der Jahresbeitrag wurde auch für 1921 auf 6 Mark belassen. Es wurde beschlossen, am Sonntag, den 6. Februar einen Ausflug mit Unterhaltung nach Klosterkötter zu unternehmen. Es wurden wiederum 21 Mitglieder aufgenommen. Nachdem noch einige Vereinssachen ihre Erledigung gefunden hatten, wurde die Versammlung geschlossen. — Frisch auf!

Weddinghofen, 12. Jan. **(„Deutsche Eiche".)** Am vergangenen Sonntag hielt der Turnverein „Deutsche Eiche"-Weddinghofen seine Generalversammlung ab. Selbige wurde vom 1. Vorsitzenden Wilh. Dörnemann mit einem kräftigen „Gut Heil" eröffnet. Zur Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Zahlung der Beiträge, 2. Aufnahme neuer Mitglieder, 3. Vorstandswahl, 4. Verschiedenes. Nach Erledigung des ersten Punktes meldeten sich drei neue Mitglieder, dann wurde zur Vorstandswahl geschritten. Es wurden folgende Kameraden gewählt: Wilh. Dörnemann 1., H. Dörnemann 2. Vorsitzender; Emil Schlüter 1., Friedr. Korte 2. Schriftführer; Emil Bothe 1., August Overhage 2. Kassierer; Fr. Bäcker 1., Karl Dörnemann 2. Turnwart; Franz Busse 1., Fr. Wienke 2. Gerätewart. Zu Punkt 3 wurde beschlossen, im Mai ein Turnfest mit Preisturnen zu veranstalten. Darauf wurde die Versammlung vom 1. Vorsitzenden mit einem „Gut Heil" geschlossen.

Konzert, Theater 2c.

Kamen, 12. Jan. **Das Leipziger Solo-Quartett für Kirchenmusik** in Kamen! Das wäre nie Tatsache geworden, wenn nicht das Presbyterium der evang. Gemeinde sich mit den Nachbargemeinden zusammengeschlossen und mit den Leipzigern ein Abkommen für eine ganze Konzertreise durch die westfälischen Gemeinden getroffen hätte! Jetzt aber wird unsern zahlreichen Kunstfreunden, die gewiß längst von dem Leipziger Soloquartett gehört haben, die unerwartete Freude bereitet, ohne viel Aufwand an Zeit und Geld einen einzigartigen Kunstgenuß am Orte selber zu finden! Dazu sei aber ausdrücklich bemerkt, daß das Quartett auch bei Laien sogleich einen nachhaltigen Eindruck erwecken wird; jedenfalls wäre es durchaus verfehlt, wenn jemand unter dem Vorwand, nicht musikverständig zu sein, diesem Konzert fern bleiben wollte. Wahre Kunst hat jedermann etwas zu sagen! — Man schreibt uns über das Quartett: „Das Leipziger Soloquartett für Kirchengesang, bestehend aus 2 Herren und 2 Damen, die auch sonst in musikalischem Beruf stehen, aber ihre freie Zeit zu solchen Konzertreisen hergeben, ist von seinem noch immer arbeitsfreudigen Leiter, Musikdirektor Professor Bruno Röthig vor mehr als 3 Jahrzehnten gegründet und hat in diesen langen Jahren auf zahllosen weiten Reisen bereits in 4 Erdteilen seine Lieder erklingen lassen. Nicht nur in ungezählten deutschen Kapellen, Kirchen und Domen haben ihre Stimmen wiedergehallt und Millionen Menschen Mut und Trost in die Seele hineingesungen, nein auch in Amerika, Asien und Nord-Afrika haben sie zur tiefsten Ergriffenheit heimatferne Deutsche wie zahllose Ausländer aller Zungen zeigen dürfen, wie deutsche Kirchenmusik zu bezaubern vermag. Auf dem Kapitol und in den Katakomben Roms, in der Erlöserkirche zu Jerusalem, in der Gesandtschaftskapelle zu Konstantinopel, in Gotteshäusern zu Kairo und Alexandrien, in Neuyork wie in vielen andern Städten der Vereinigten Staaten haben sie gesungen und immer und immer wieder tiefe Eindrücke bei ihrer oft nach tausenden zählenden Zuhörerschaft hinterlassen dürfen. Während des Krieges hat es sie auch auf den Kriegsschauplatz gezogen, und auf 9 Frontreisen haben sie den Soldaten in schwerer Zeit Heimatgrüße wohltuender Art überbringen können." Das Konzert findet am Sonnabend, den 15. Januar, abends 8 Uhr, in der Pauluskirche statt, gleichsam als erhebender, künstlerischer Abschluß der Evangelisation! Die Eintrittskarten kosten im Vorverkauf 2 Mark an der Kasse 3 Mark.

NIVEA

Die Ärzte empfehlen als Hausmittel gegen rote Hände, spröde, rissige Haut, bei kleinen Verletzungen, Brandwunden, leichten Ausschlägen und Entzündungen wegen ihrer kühlenden und heilenden Wirkung Nivea-Creme.

In Blechdosen und Tuben zu haben in den Apotheken und Drogenhandlungen.

„Die Seeligkeit der Erlösten“

Vortrag: Mittwoch abend 8 Uhr Pauluskirche.

„Die Verdammnis der Verlornen“

Vortrag: Donnerstag abend 8 Uhr Pauluskirche. 199

Verein zur Beförderung der Zucht und Dressur der Pferde

zum Dienste der Kavallerie im Regierungs-Bezirk Arnsberg.

Dienstag, den 25. Januar 1921, 2½ Uhr nachm., im Gasthof Buschkühle in Hamm i. W.

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Beschlußfassung über Veranstaltungen im Jahre 1921.
2. Rechnungslage und Bericht.
3. Aenderungen der Satzungen. i189

Das Direktorium.

Die diesmonatige

Mutterberatung

findet bereits **Donnerstag, den 13. Jan. 1921, nachmittags 4 Uhr,** im Wohlfahrtsgebäude am Klosterweg statt. 210

Städtische Mutterberatung:
Dr. Wiesner.



Tanzschule Bergkamen.

Ein neuer Kursus beginnt am **Donnerstag, d. 13. Januar,** im Saale des Herrn F. Schnepper, früher Haumann. 135

W. Maiwald. H. Ludmann.

Meiner werten Kundschaft zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich mein Geschäft von **Weststraße 16** nach **Weststraße 22** Haltestelle der Straßenbahn Kämerstraße

verlegt

habe. Achtungsvoll 212

Johann Hüsten,
Weststraße 22.

Billige Drehstrom-Motore.

220—380 V., Kupferw., neu, 1 Jahr Garantie.

1 Ps.	1800 Mk.
2 Ps.	2200 Mk.
3 Ps., Schleifanker,	3800 Mk.
4 Ps., Schleifr.	4300 Mk.
5 Ps.	5000 Mk.
7,5 Ps.	6400 Mk.
10 Ps.	7600 Mk.

Fabr. Wafa, A. E. G., Sachsenw., sofort lieferbar ab Lager Dortmund bezw. Fabrik.

Stets Lagermotoren vorhanden in Dortmund. Bügeleisen, Widerstände, Glühlampen billigst. Verlangen Sie Offerte. Besuche kostenlos. 195

Theodor Rüse, Dortmund,
Missundestraße 53. Tel. 3327.

Fr. Brinkmann

begl. Vertreter von
Pastor Felkes Heilweise
Unna, Bahnhofstraße 49
finden: Dienstags und Freitags von 9 bis 6 Uhr. 77

Empfehle billigst:

Ia. Haferflocken	a Pfd.	3.50
Ia. Griesmehl	a Pfd.	4.50
Ia. Vollreis	a Pfd.	4.75
Ia. Riesenerbsen	a Pfd.	3.60
Ia. reinschm. Bohnenkaffee	a Pfd.	24.00, 28.00
Ia. Rohkaffee	a Pfd.	22.00
Ia. helles Rüböl	Ltr.	22.00
Ia. Salatöl	Ltr.	27,00
Ia. Speck	a Pfd.	18.00
Ia. Margarine	a Pfd.	13.75
Ia. Mais-Futtermehl	a Pfd.	2.00
Ia. holländische Vollheringe (keine norwegische)	St.	1.20

Joh. Hüsten, 211
Weststrasse 22.

Reinigen Färben

Umpressen

von alten Hüten 97
schnell und sehr billig.
E. Wette, Kamen,
Bahnhofstrasse 55.

Ich suche zum **1. Februar**

junge Dame

zur Hilfeleistung im Sprechzimmer (am liebsten Schwester), desgl.

Fräulein

zum Patienten-Empfang und Führung der Bücher.

Vorstellungen erbitte ich möglichst zwischen 12 und 1 Uhr. 204

Zahnarzt Ortlepp, Unna.

Lehrling gesucht

Sohn achtbarer Eltern nimmt zu Ostern in die Lehre

Fritz Tapperath, Westfr. 43
Maler- und Anstreichermeister.

Daselbst ein tragendes **ostfr. Milchschaf** zu verkaufen. 217

Die Hauptagentur einer erstklassigen Lebens-, Unfall- und Haftpflicht-Versicherungsgesellschaft für Kamen u. Umgeg. ist **neu zu besetzen.** Bestehend. Inkasso wird mitübertragen. Die Vertretung biet. strebsamen Herrn günstige Gelegenheit, sich eine gute Nebeneinnahme zu verschaffen. Vorteilh. teils konkurrenzl. Einricht. Meld. unt. **203** an die Exp.

Mädchen

für Haus- und Gartenarbeit sofort oder zum 1. Februar gesucht.

192 **Königstr. 3.**

Junges ehrliches

Mädchen

aus achtbarer Familie für Küche und Haushalt per bald gesucht. i206

Zu erfr. in der Geschst.

Neue und gebrauchte

Möbel

aller Art stets auf Lager. 44
Fr. Blume, Schillstr. 5.

Erhalte in den nächsten Tagen einen Waggon prima

Wiesenheu

erster Schnitt. Reflektanten wollen sich jetzt schon bei mir melden. p200

Karl Becker,
Ostfrage 24.

Eine Fuhre

Dünger

zu verkaufen. 213

Bücker,
Ostenfeldmark Ost 3.

Tanz-Schule

Weddinghofen.

Ein neuer 208

Kursus

für Kinder und Erwachsene im Saale des Herrn Klute beginnt im Monat **Februar.**

A. Herzog.

Behufs **Gründung** eines **Haus- u. Grundbesitzervereins** werden sämtliche

Haus- und Grundbesitzer

zu einer am **Donnerstag, den 13. Januar, abends 7 Uhr,** im Hotel Monopol (Fr. W. Herms) stattfindenden 216

Besprechung

eingeladen.

1. Mietpreise.
2. Schadenersatzforderung für Straßenlokomotiven.

Jeder Hausbesitzer wird im eignen Interesse gebeten, zu erscheinen.

Die Einberufer.

Schachklub.

Freunde des Schachspiels werden zur

Gründung eines Klubs

für **Mittwoch, den 12. Januar, abends 7 Uhr,** im Hotel Monopol, Fr. W. Herms, freundlichst eingeladen.

Pianos u. Bandoneons

zweifellos am billigsten bei 205

Schreiber, Castrop,
Zeppelinstraße 15.
Teilzahlung gestattet.

Ein Klavier

zu kaufen gesucht.

Näheres in der Geschäftsst. d. Ztg. 191

Ein tragendes

Milchschaf u. 1 Phonograph

zu verkaufen. 201

Lindenbergstr. 3.

Weiterer Rückgang der Lebensmittelpreise!

Ia. Schweineschmalz	Pfd.	16,00 Mk.
Ia. Speck, fett und mager	Pfd.	17,00 Mk.
Ia. helles Rüböl	Ltr.	21,50 Mk.

Ein Posten
Ia. graue Aufnehmer . . . St. 2,40

Ia. gebr. Kaffee Pfd. 32.00	28.00	23,00 Mk.
Ia. Gries	Pfd.	4,50 Mk.
Ia. Backmehl Marke „Weißblüte“	Pfd.	4,50 Mk.

Ein Posten
Ia. holl. Honigkuchen ½ Pfd. St. 3,25

Ia. holl. grüne Erbsen / Ia. holl. braune Bohnen	Pfd.	2,10 Mk.
Ia. Seifenpulver, lose	Pfd.	3,50 Mk.

207
Ein Posten
Ia. Oberland. Kochkäse 1 Pfd. Dose 8,50

Ia. Vollreis	Pfd.	4,60 Mk.
Ia. Gerstenflocken	Pfd.	3,25 Mk.

Gebrüder Wolff.

Eine fast neue

Singer Nähmaschine

Rundschiff, für Damenschneiderei sofort zu verkaufen. 209

Weststr. 32.

Eine tragende

Ziege

abzugeben. 194

Westick,
Mühlenstr. 11.

Siegellack

in guter Qualität
: : empfiehlt : :
Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Am Fahrkartenschalter in Kamen eine

Brieftasche mit Inhalt verloren.

Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen Belohnug in der Geschäftsstelle abzugb.

Sonntag abend im Kino schwarzen p219

Pelz

m. weißen Kragen verloren.

Gegen Belohnung abzugeben in der Geschst. der Kamener Zeitung.

Lacto-Eipulver (Lactovolin)

Nicht mit minderwertigen Nachahmungen verwechseln!
Von 41 untersuchten Erzeugnissen das Beste!
Alleinhersteller: **LACTOWERK WORMS-HORCHHEIM.**

Pläne der Reichsjustizverwaltung.

Ueber neue für den Juristenstand wie für das rechtsuchende Volk gleich bedeutsame Pläne der Reichsjustizverwaltung weiß die Deutsche Juristen-Zeitung von wohlunterrichteter Seite zu berichten. Im Frühjahr 1920 ist dem Reichsrat bereits eine neue Strafprozeßordnung und eine Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz zugegangen, die tief in die Organisation der Strafgerichte eingreifen. Auch der Zivilprozeß und die Organisation der Zivilgerichte bedürfen einer Neugestaltung. Im Verfolg der Arbeiten hat sich mehr und mehr gezeigt, daß eine so grundlegende Reform nur gleichzeitig für beide Prozesse und die Gerichtsverfassung durchgeführt werden kann. Es geht nicht an, die Verfassung der Strafgerichte grundlegend umzugestalten, die Personalverschiebungen vorzunehmen, die eine solche Umgestaltung bedingt, und dann nach kurzer Zeit einen Neubau der Zivilgerichte mit allen damit verbundenen Personaländerungen folgen zu lassen. So wird die große Reform erst durchgeführt werden können, wenn sie für beide Prozesse und für die Organisation der gesamten Gerichte reif ist. Bis dahin wird noch einige Zeit vergehen.

Die Belastung unserer Gerichte drängt aber auf schleunige Abhilfe. Mit der Entlastung kann ohne schweren Schaden für die Rechtspflege nicht bis zur Verabschiedung der großen Reform gewartet werden. Das Reichsjustizministerium hat sich daher entschlossen, einen Notbau auszuführen und den Entwurf eines Gesetzes zur Entlastung der Gerichte auszuarbeiten. Dieser Entwurf liegt jetzt dem Reichsrat vor. Er ist aufgestellt unbeschadet der großen Reformarbeiten, ist lediglich eine Not- und Uebergangsmaßnahme und vermeidet, irgendwie auf grundsätzliche Fragen einzugehen. Der Erörterung dieser Fragen soll seinerzeit bei Beratung der großen Reform ihr Recht werden. Der Entwurf sucht die Gerichte im wesentlichen durch zwei Maßnahmen zu entlasten; durch Erhöhung der amtsgerichtlichen Zuständigkeit und durch die den Landesjustizverwaltungen erteilte Ermächtigung, den Gerichtsschreibern Geschäfte zu übertragen, die bisher nur den Richtern zustanden. Die Amtsgerichte sollen zuständig sein für die Entscheidung vermögensrechtlicher Ansprüche bis zur Höhe von 3000 Mark und ohne Rücksicht auf den Wert für alle Ansprüche auf Erfüllung einer durch Ehe oder Verwandtschaft begründeten gesetzlichen Unterhaltspflicht. Entsprechend wird der Zuständigkeit der Schöffengerichte bei Diebstahl, Unterschlagung, Betrug, Sachbeschädigung bis zur Wertgrenze von 3000 Mark erhöht. Bis zur selben Wertgrenze sollen die Schöffengerichte auch für Rückfalldiebstahl, Rückfallbetrug und schweren Diebstahl zuständig sein. Gleiches gilt für Begünstigung und Hehlerei. Schließlich gehören vor die Schöffengerichte die Vergehen, die im Wege der Privatklage verfolgt werden, und das sind: einfacher Hausfriedensbruch, Beleidigung, Körperverletzung, Bedrohung, Verletzung fremder Geheimnisse, Sachbeschädigung, die Vergehen gegen das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb und die Verletzungen der Urheberrechte. Das Gesetz über die Vereinfachung der Rechtspflege vom 21. Oktober 1917 tritt außer Kraft.

Aus aller Welt.

— **Fünf Kinder vom Erstickungstode gerettet.** Als ein mutiger Retter erwies sich bei einem Brande des „Parkhauses“ in Verden der Landwirt Walter Lenz, der allein fünf Kinder vom Tode des Erstickens gerettet hat. Das frühere Parkhaus wurde von drei Familien bewohnt. Als das Feuer, das in der Nacht ausbrach, bemerkt wurde, war alles mit dem Bergen des Hausinventars beschäftigt, und keiner fand Zeit, sich um andere zu kümmern. Plötzlich vermißte Lenz die Familie Strömann. Die Eheleute Str. waren an jenem Abend nicht zu Hause, doch lagen die fünf Kinder noch im brennenden Hause. Rasch entschlossen bahnte sich der Mann einen Weg durch das mit dichtem Qualm angefüllte Haus, und unter großen Anstrengungen und unter eigener Lebensgefahr brachte er die Kinder ins Freie. Ohne die brave Tat des kühnen Retters wären die Kinder, die im Alter von 1 bis 7 Jahren stehen, elend umgekommen. Lenz hatte sich bei diesen Rettungsarbeiten selbst eine Rauchvergiftung zugezogen. Die wackere Tat verdient um so mehr die öffentliche Anerkennung, als es eine behördliche Anerkennung durch Verleihung der Rettungsmedaille nicht mehr gibt.

— **Auskunft.** Klärchen (in der Küche ihre Schularbeit machend): „Wie heißt die Zukunft von „ich liebe“? — Köchin: „Dumme Frag' . . . ich heirate!“